

Protokoll

über die ordentliche öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Varel am Donnerstag,
25.09.2025, 19:00 Uhr, im Rathaus I, Sitzungssaal, Windallee 4, 26316 Varel.

Anwesend:

1. stellv. Ratsvorsitzende:	Dr. Susanne Engstler
2. stellv. Ratsvorsitzende:	Regina Mattern-Karth
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
stellv. Bürgermeister:	Sören Krieghoff
stellv. Bürgermeisterin:	Anke Kück
stellv. Bürgermeister:	Raimund Recksiedler
Ratsmitglieder:	Klaus Ahlers
	Norbert Ahlers
	Sascha Biebricher
	Uwe Brennecke
	Dirk Brumund
	Jürgen Bruns
	Sigrid Busch
	Uwe Cassens
	Anja Ender
	Karl-Heinz Funke
	Jan-Niclas Hollwege
	Johannes Klawon
	Malte Kramer
	Timmy Kruse
	Lars Kühne
	Walter Langer
	Dr. Christoph Meßner
	Alfred Müller
	Axel Neugebauer
	Georg Ralle
	Ralf Rohde
	Tobias Rostek
	Stefan Schäfer
	Gesche Wittkowski
von der Verwaltung:	Thomas Besse
	David Heimann
	Marion Lübben-Groß
	Ralf Splettstößer
	Yvonne Westerhoff

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates**
- 2 Feststellung der Tagesordnung**
- 3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 01.07.2025**
- 4 Einwohnerfragestunde**
- 5 Ausschüsse des Rates**
 - 5.1 Änderungen bei der Besetzung von Ausschüssen der Stadt Varel – Mitteilung der Gruppe ZUKUNFT VAREL/KLARE KANTE
Vorlage: 233/2025
 - 5.2 Änderungen bei der Bestimmung der/des Ausschussvorsitzenden und der/des stellv. Ausschussvorsitzenden – Mitteilung der Gruppe ZUKUNFT VAREL/KLARE KANTE
Vorlage: 234/2025
- 6 Berichte und Anträge der Ausschüsse**
 - 6.1 Verwaltungsausschuss vom 28.08.2025**
 - 6.1.1 Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 18.08.2025**
 - 6.1.1.1 Jahresabschluss der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2020; Erneuter Beschluss über die Verwendung des Jahresergebnisses
Vorlage: 196/2025
 - 6.1.1.2 Jahresabschluss der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2021; hier: Beschluss über den Jahresabschluss
Vorlage: 194/2025
 - 6.1.1.3 Jahresabschluss der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2021; hier: Beschluss über die Entlastung des Bürgermeisters
Vorlage: 195/2025
 - 6.1.1.4 Wohnungsbau-Gesellschaft Friesland mbH; Änderung des Gesellschaftsvertrages aufgrund des Beitritts der Gemeinde Wangerooge als Gesellschafterin
Vorlage: 193/2025
 - 6.1.1.5 Spende des Fördervereins Grundschule Langendamm e. V. für die Grundschule Langendamm
Vorlage: 060/2025
 - 6.1.1.6 Vergabe eines Gesellschafterdarlehens an die Varel Energie GmbH
Vorlage: 198/2025
 - 6.1.2 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 19.08.2025**
 - 6.1.2.1 5. Änderung Bebauungsplans Nr. 112 (Netto Obenstrohe), hier: Satzungsbeschluss
Vorlage: 190/2025
 - 6.1.2.2 6. Änderung Bebauungsplans Nr. 98 (Am Kaffeehaus), hier: Satzungsbeschluss
Vorlage: 191/2025
 - 6.2 Verwaltungsausschuss vom 18.09.2025**
 - 6.2.1 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 09.09.2025**

- 6.2.1.1 Bebauungsplan Nr. 267 (Kunstpark Dangast) und 55. Änderung des Flächennutzungsplans; hier: Abwägungsbeschluss und Satzungs- bzw. Feststellungsbeschluss
Vorlage: 202/2025
- 6.2.2 Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Tourismus und Bäder vom 11.09.2025**
- 6.2.2.1 Antrag Fraktion ZUKUNFT VAREL zur Gebührenordnung DanGastQuellbad
Vorlage: 222/2025
- 6.2.2.2 4. Änderung der Gästebeitragssatzung für das Jahr 2026
Vorlage: 218/2025
- 6.2.3 Anträge an den Rat der Stadt Varel**
- 6.2.3.1 Anträge zur Umbenennung der Hindenburgstraße und der Kommodore-Bonte-Straße; hier: Verzicht auf die Vorbereitung im Fachausschuss
Vorlage: 229/2025
- 6.2.3.2 Wechsel des Betriebsleiters für den Eigenbetrieb Wasserwerk der Stadt Varel
Vorlage: 204/2025
- 6.2.3.3 Abberufung des Gemeindevahlleiters/Berufung des Gemeindevahlleiters gemäß § 9 Abs. 3 NKWG
Vorlage: 225/2025
- 7 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 8 Anträge und Anfragen**
- 8.1 Anträge der Fraktion B90/GRÜNE zur Umbenennung der Hindenburgstraße und der Kommodore-Bonte-Straße
- 8.2 Akteneinsicht im Zusammenhang mit dem Vergabeverfahren zur Erstellung der Homepage "www.varelerleben.de"
- 8.3 Sachstand zu dem Brand im Haus des Handwerks

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates

Die 1. stellvertretende Ratsvorsitzende Dr. Engstler eröffnet um 19:00 Uhr die ordentliche öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates fest. Sie begrüßt die Ratsmitglieder, die Vertreter der Presse und eine Anzahl Vareler Bürgerinnen und Bürger.

Die Ratsfrau Möller und die Ratsherren Eilers und Helms fehlen entschuldigt.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die 1. stellvertretende Ratsvorsitzende Dr. Engstler stellt die Tagesordnung fest.

Die Tagesordnung wird einvernehmlich um TOP 6.2.3.1 (Anträge zur Umbenennung der Hindenburgstraße und der Kommodore-Bonte-Straße; hier: Verzicht auf die Vorbereitung im Fachausschuss) ergänzt.

3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 01.07.2025

Der öffentliche Teil des Protokolls über die Sitzung des Rates der Stadt Varel vom 01.07.2025 wird einstimmig genehmigt.

4 Einwohnerfragestunde

Der Bürger Martin Heinze übergibt der Verwaltung ein Schreiben des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) wonach Paul von Hindenburg nicht mehr als traditionswürdig gilt (s. nichtöffentliche Anlage).

Er stellt die Frage, ob die von der Verwaltung vorzunehmende Anhörung der betroffenen Anwohner und Grundstückseigentümer der Hindenburgstraße diese Einschätzung des ZMSBw beinhalten wird. Zudem müsse seines Erachtens darauf hingewiesen werden, dass „Paul von Hindenburg ein Steuerhinterzieher und ein korrupter Mensch war“. Seines Erachtens können die anzuhörenden Bürger nur dann eine Entscheidung treffen, wenn sie ausreichend informiert sind. Bürgermeister Wagner antwortet, dass die Verwaltung die notwendige Anhörung derzeit vorbereitet und dabei prüfen wird, inwieweit Hintergründe zu der Person Paul von Hindenburgs in die Anhörung einfließen müssen.

Anschließend führt Herr Heinze aus, dass § 9 Abs. 2 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) (Verbot von Schottergärten) seines Erachtens in Varel missachtet wird. Er stellt die Frage, ob es einen Ratsbeschluss gibt, wonach § 9 Abs. 2 NBauO in Varel keine Geltung haben soll.

Bürgermeister Wagner führt aus, dass es einen solchen Ratsbeschluss selbstverständlich nicht gibt. Im Übrigen sei es nicht richtig, dass die Verwaltung in dieser Sache untätig sei. Insoweit widerspricht er der Darstellung des Herrn Heinze.

Der Bürger Friedhelm Michaelis stellt die Frage, warum der Wirtschaftsplan der Anna und Diederich Bremer-Stiftung nicht, so wie sonst üblich, im Ratsinformationssystem der Stadt Varel einzusehen ist.

Bürgermeister Wagner bittet Herrn Michaelis sich in dieser Angelegenheit in den nächsten Tagen an den Kämmerer, Herrn Neumann, zu wenden.

Sodann zitiert Herr Michaelis aus der Ratssitzung vom 12.12.2024. Er richtet die Frage an den Ratsherrn Bruns, ob die Aussage, es sei die feste Absicht der Mehrheitsgruppe, die Hebesätze für die Grundsteuern rückwirkend anzupassen, wenn sich zeigt, dass die Aufkommensneutralität auch mit einem geringeren Hebesatz zu realisieren ist.

Ratsherr Bruns erklärt, die Mehrheitsgruppe stehe zu der Zusage, die Grundsteuerreform in Varel aufkommensneutral umzusetzen. Er weist darauf hin, dass die endgültige Höhe der Einnahmen aus der Grundsteuer jedoch noch nicht ermittelt werden kann.

Die Bürgerin Gloria Thimm stellt die Frage, wie die Kurverwaltung die mit der vorgesehenen Änderung der Gästebeitragssatzung geplante Ausweitung der Hauptsaison rechtfertigt. Zudem richtet sie die Frage an die Mehrheitsgruppe, warum diese den Antrag der Fraktion ZUKUNFT VAREL zur Änderung der Gebührenordnung für das DanGastQuellbad ablehnt.

Bürgermeister Wagner erklärt, dass er den Kurdirektor, Herrn Taddigs, bitten wird, die erste Frage in gebührender Form zu beantworten.

Zu der zweiten Frage verweist auf er die Beratung und Diskussion zu TOP 6.2.2.1 der heutigen Tagesordnung (Antrag Fraktion ZUKUNFT VAREL zur Gebührenordnung DanGastQuellbad).

Frau Thimm zeigt sich mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise einverstanden.

5 Ausschüsse des Rates

5.1 Änderungen bei der Besetzung von Ausschüssen der Stadt Varel – Mitteilung der Gruppe ZUKUNFT VAREL/KLARE KANTE Vorlage: 233/2025

Die Gruppe ZUKUNFT VAREL/KLARE KANTE hat gemäß § 71 Abs. 9 Satz 3 Nr. 1 NKomVG folgende Änderungen bei der Besetzung von Ausschüssen der Stadt Varel mitgeteilt:

Ausschuss für Feuerwehr-, Markt- und Ordnungsangelegenheiten, Straßen und Verkehr:

Mitglied:

Alfred Müller (unverändert) und
Gesche Wittkowski (für Klaus Ahlers)

Vertreter:

Axel Neugebauer (unverändert) und
Klaus Ahlers (für Karl-Heinz Funke)

Ausschuss für Jugend, Familien und Soziales:

Mitglied:

Gesche Wittkowski (unverändert) und
Karl-Heinz Funke (für Klaus Ahlers)

Vertreter:

Uwe Cassens (unverändert) und
Ralf Rohde (unverändert)

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 71 Abs. 5 NKomVG in Verbindung mit § 71 Abs. 9 Satz 3 Nr. 1 NKomVG die geänderte Ausschussbesetzung fest.

Einstimmiger Beschluss

5.2 **Änderungen bei der Bestimmung der/des Ausschussvorsitzenden und der/des stellv. Ausschussvorsitzenden – Mitteilung der Gruppe ZUKUNFT VAREL/KLARE KANTE**

Vorlage: 234/2025

Die Gruppe ZUKUNFT VAREL/KLARE KANTE hat gemäß § 71 Abs. 8 NKomVG folgende Änderungen bei der Bestimmung der/des Ausschussvorsitzenden und der/des stellv. Ausschussvorsitzenden mitgeteilt:

Ausschuss für Feuerwehr-, Markt- und Ordnungsangelegenheiten, Straßen und Verkehr:

Vorsitz: Alfred Müller (unverändert)

stellv. Vorsitz: Gesche Wittkowski (für Klaus Ahlers)

Ausschuss für Jugend, Familien und Soziales:

Vorsitz: Gesche Wittkowski (unverändert)

stellv. Vorsitz: Karl-Heinz Funke (für Klaus Ahlers)

6 **Berichte und Anträge der Ausschüsse**

6.1 **Verwaltungsausschuss vom 28.08.2025**

6.1.1 **Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 18.08.2025**

6.1.1.1 **Jahresabschluss der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2020; Erneuter Beschluss über die Verwendung des Jahresergebnisses**

Vorlage: 196/2025

Beschluss:

In Abänderung der Nummern 3 und 4 der vom Rat der Stadt Varel in seiner Sitzung am 03.04.2025 gefassten Beschlüsse zur Behandlung des Jahresergebnisses des Haushaltsjahres 2020 wird beschlossen:

1. Der Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses des Haushaltsjahres 2020 in Höhe von 191.426,43 Euro wird mit dem Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses des Haushaltsjahres 2020 verrechnet.
2. Der nach den Umbuchungen der Jahresergebnisse der unselbständigen Stiftungen in bzw. gegen die Stiftungsrücklagen und nach der Verrechnung mit dem Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses verbleibende Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses des Haushaltsjahres 2020 in Höhe von 4.047.549,14 Euro wird im Folgejahr gesondert als Fehlbetrag aus Vorjahren mit einer epidemischen Lage ausgewiesen.

Einstimmiger Beschluss

**6.1.1.2 Jahresabschluss der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2021; hier: Beschluss über den Jahresabschluss
Vorlage: 194/2025**

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2021 wird beschlossen.
2. Die bisher noch nicht bewilligten über- und außerplanmäßigen Auszahlungen und Aufwendungen 2021 werden nachträglich bewilligt.
3. Die im ordentlichen Ergebnis enthaltenen Ergebnisse der unselbständigen Stiftungen, die sich aus einem Überschuss der Meischenstiftung in Höhe von 23.484,01 Euro, einem Überschuss der Gerhard-Schwarting-Stiftung in Höhe von 0,12 Euro sowie einem Fehlbetrag der Ing.-Carstens-Stiftung in Höhe von 11.761,08 Euro zusammensetzen, werden in die jeweiligen zweckgebundenen Rücklagen umgebucht bzw. mit den Stiftungsrücklagen verrechnet. Der danach verbleibende Überschuss in Höhe von 2.718.846,82 Euro wird mit dem Fehlbetrag aus Vorjahren mit einer epidemischen Lage verrechnet.
4. Der Fehlbetrag des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 84.780,19 Euro wird im Folgejahr gemäß § 182 Abs. 4 S. 1 Nr. 1 NKomVG gesondert als Fehlbetrag aus Vorjahren mit einer epidemischen Lage ausgewiesen.

Einstimmiger Beschluss

**6.1.1.3 Jahresabschluss der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2021; hier: Beschluss über die Entlastung des Bürgermeisters
Vorlage: 195/2025**

Beschluss:

Dem Bürgermeister wird gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG für das Haushaltsjahr 2021 Entlastung erteilt.

Einstimmiger Beschluss

Bürgermeister Wagner nimmt aufgrund des Mitwirkungsverbots an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

**6.1.1.4 Wohnungsbau-Gesellschaft Friesland mbH; Änderung des Gesellschaftsvertrages aufgrund des Beitritts der Gemeinde Wangerooge als Gesellschafterin
Vorlage: 193/2025**

Beschluss:

Der Änderung des Gesellschaftsvertrages der Wohnungsbau-Gesellschaft Friesland mbH aufgrund des Beitritts und der Grundstückseinbringung der Gemeinde

Wangerooge sowie der damit verbundenen Änderung der Beteiligungsverhältnisse wird zugestimmt.

Einstimmiger Beschluss

6.1.1.5 Spende des Fördervereins Grundschule Langendamm e. V. für die Grundschule Langendamm Vorlage: 060/2025

Beschluss:

Der Annahme von Sachspenden des Fördervereins Grundschule Langendamm e. V. im Wert von 4.265,27 € für die Grundschule Langendamm wird zugestimmt.

Einstimmiger Beschluss

6.1.1.6 Vergabe eines Gesellschafterdarlehens an die Varel Energie GmbH Vorlage: 198/2025

Beschluss:

Der Varel Energie GmbH wird zur Finanzierung des Erwerbs von Geschäftsanteilen an der Bürger-Energiegenossenschaft Tangermoorweg eG ein langfristiges Gesellschafterdarlehen in Höhe von bis zu 160.000 € gewährt. Die Verwaltung wird ermächtigt, das Darlehen zu Kommunalkreditkonditionen zu gewähren. Die Laufzeit beträgt maximal 20 Jahre. Eine formale Besicherung des Darlehens erfolgt nicht.

Die Mittel zur Gewährung des Darlehens werden außerplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung erfolgt aus der Liquidität.

Einstimmiger Beschluss

6.1.2 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 19.08.2025

6.1.2.1 5. Änderung Bebauungsplans Nr. 112 (Netto Obenstrohe), hier: Satzungsbeschluss Vorlage: 190/2025

Beschluss:

Die Abwägungsvorschläge werden zum Beschluss erhoben.

Die 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 112 wird nebst Begründung gemäß § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) und des § 58 des Niedersächsischen

Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) als Satzung beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

6.1.2.2 6. Änderung Bebauungsplans Nr. 98 (Am Kaffeehaus), hier: Satzungsbeschluss Vorlage: 191/2025

Beschluss:

Die Abwägungsvorschläge werden zum Beschluss erhoben.
Die 6. Änderung des Bebauungsplans Nr. 98 wird nebst Begründung gemäß § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) und des § 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) als Satzung beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

6.2 Verwaltungsausschuss vom 18.09.2025

6.2.1 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 09.09.2025

6.2.1.1 Bebauungsplan Nr. 267 (Kunstpark Dangast) und 55. Änderung des Flächennutzungsplans; hier: Abwägungsbeschluss und Satzungs- bzw. Feststellungsbeschluss Vorlage: 202/2025

Beschluss:

Die Abwägungsvorschläge werden zum Beschluss erhoben.
Der Bebauungsplan Nr. 267 wird nebst Begründung gemäß § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) und des § 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) als Satzung beschlossen. Die 55. Änderung des Flächennutzungsplans wird festgestellt.

Einstimmiger Beschluss

6.2.2 Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Tourismus und Bäder vom 11.09.2025

6.2.2.1 Antrag Fraktion ZUKUNFT VAREL zur Gebührenordnung DanGastQuellbad Vorlage: 222/2025

Ratsfrau Kück führt aus, dass der Zutritt zu Schwimmbädern der näheren Umgebung in der Regel für Kinder ab 4 Jahren kostenpflichtig ist. Mit der Inkludierung des Eintritts für das DanGastQuellbad soll die Attraktivität der Varel-DangastCard gesteigert werden. Während die Vorteile der Varel-DangastCard den Urlaubern nur während ihres Aufenthalts in Varel geboten werden, können Vareler Bürger die Vorteile der Varel-DangastCard über das ganze Jahr in Anspruch nehmen. Die Mehrheitsgruppe sieht in der Inkludierung des Eintritts für das DanGastQuellbad in die Varel-DangastCard einen Mehrwert für Familien und zugleich eine Entlastung für den Haushalt des Eigenbetriebes Tourismus und Bäder. Zusammenfassend führt sie aus, dass die Mehrheitsgruppe dem Antrag der Fraktion ZUKUNFT VAREL nicht zustimmen wird.

Ratsfrau Wittkowski erklärt, dass durch die Inkludierung des Eintritts für das DanGastQuellbad eine Benachteiligung von Vareler Bürgern entstanden ist. Die Fraktion ZUKUNFT VAREL hat auf dieses Missverhältnis hingewiesen und den vorliegenden Antrag eingebracht. Sie bezweifelt, dass dem Eigenbetrieb Tourismus und Bäder ein finanzieller Schaden entstehen würde, wenn man dem Antrag ihrer Fraktion folgt. Die von der Kurverwaltung in der Sitzung des Betriebsausschusses für den Eigenbetrieb Tourismus und Bäder dargestellte Beispielrechnung sei absurd, weil sich die Varel-DangastCard demnach lohnt, wenn das DanGastQuellbad innerhalb eines Jahres mehr als 92-mal aufgesucht wird. Es bleibe das Gefühl, man mache sich die Welt so, wie sie einem gefällt. Sie verweist auf die im Frühjahr geführte Diskussion um eine Verlängerung der Gültigkeit des Jugendbadepasses und vermisst bis heute die angekündigten Bemühungen um eine Förderung des Schwimmangebots für Kinder und Jugendliche in Varel.

Ratsfrau Mattern-Karth kündigt für die Fraktion B90/GRÜNE an, dem Antrag der Fraktion ZUKUNFT VAREL zuzustimmen. Im Übrigen lehne man die Änderung der Gästebeitragssatzung aus sozialen Gründen ab.

Beschluss:

Dem Antrag, die Gebührenordnung des DanGastQuellbades anzupassen, wird zugestimmt.

Mehrheitlicher Beschluss dagegen

Ja: 10 Nein: 19 Enthaltungen: 1

6.2.2.2 4. Änderung der Gästebeitragssatzung für das Jahr 2026 Vorlage: 218/2025

Beschluss:

Die dem Protokoll über die Sitzung des Betriebsausschusses für den Eigenbetrieb Tourismus und Bäder vom 11.09.2025 anliegende Satzung zur 4. Änderung der Satzung der Stadt Varel über die Erhebung eines Gästebeitrages (Gästebeitragssatzung) mit der Anpassung der § 3 Absatz 1 Nummer 1 und § 5 Absätze 1 und 4 wird beschlossen.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 20 Nein: 10

6.2.3 Anträge an den Rat der Stadt Varel

6.2.3.1 Anträge zur Umbenennung der Hindenburgstraße und der Kommodore-Bonte-Straße; hier: Verzicht auf die Vorbereitung im Fachausschuss Vorlage: 229/2025

Beschluss:

Auf eine Vorberatung der Beschlüsse zu den Anträgen auf Umbenennung der Hindenburgstraße und der Kommodore-Bonte-Straße im zuständigen Fachausschuss wird verzichtet.

Einstimmiger Beschluss

Ja: 27 Enthaltungen: 3

6.2.3.2 Wechsel des Betriebsleiters für den Eigenbetrieb Wasserwerk der Stadt Varel Vorlage: 204/2025

Beschluss:

Erster Stadtrat Dirk Heise wird mit Ablauf des 31.12.2025 als Betriebsleiter des Eigenbetriebes Wasserwerk der Stadt Varel abberufen.

Bürgermeister Gerd-Christian Wagner wird mit Ablauf des 31.12.2025 als stellvertretender Betriebsleiter des Eigenbetriebes Wasserwerk der Stadt Varel abberufen und mit Wirkung zum 01.01.2026 zum Betriebsleiter des Eigenbetriebes Wasserwerk der Stadt Varel bestimmt.

Mit Wirkung vom 01.01.2026 wird Herr Sören Krieghoff als stellvertretender Betriebsleiter berufen.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 25 Nein: 3

Bürgermeister Wagner und Ratsherr Krieghoff nehmen aufgrund des Mitwirkungsverbots an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

6.2.3.3 Abberufung des Gemeindegewahlleiters/Berufung des Gemeindegewahlleiters gemäß § 9 Abs. 3 NKWG Vorlage: 225/2025

Gemäß Beschluss des Rates der Stadt Varel vom 10.09.2011 wurde Erster Stadtrat Dirk Heise als Gemeindegewahlleiter berufen. Die Amtszeit vom Ersten Stadtrat Dirk Heise endet zum 31.12.2025.

Die Vorbereitungen für die Kommunalwahlen 2026 beginnen bereits in den nächs-

ten Monaten. Aus diesem Grund sollen die Abberufung des Gemeindevahlleiters bzw. die Berufung des neuen Gemeindevahlleiters bereits jetzt erfolgen.

Als neuer Gemeindevahlleiter soll Herr Heiko Eilers, Fachdienstleiter des Fachbereiches Ordnung und Soziales, gemäß § 9 Abs. 3 NKWG berufen werden.

Beschluss:

Gemäß § 9 Abs. 3 NKWG wird Erster Stadtrat Dirk Heise mit sofortiger Wirkung als Gemeindevahlleiter abberufen, gleichzeitig wird Herr Heiko Eilers zum Gemeindevahlleiter berufen.

Einstimmiger Beschluss

7 Mitteilungen des Bürgermeisters

Keine Mitteilungen des Bürgermeisters.

8 Anträge und Anfragen

8.1 Anträge der Fraktion B90/GRÜNE zur Umbenennung der Hindenburgstraße und der Kommodore-Bonte-Straße

Ratsfrau Mattern-Karth stellt die Frage, wann die Verwaltung erstmalig erkannt hat, dass die Anwohner und Grundstückseigentümer der Hindenburgstraße und der Kommodore-Bonte-Straße zu den von der Fraktion B90/GRÜNE beantragten Umbenennungen anzuhören sind. Zudem stellt sie die Frage, warum die Anhörung nicht schon früher Thema war, wenn über die Anträge im Verwaltungsausschuss oder im Rat gesprochen worden ist.

Bürgermeister Wagner führt aus, dass diese Fragen von dem zuständigen Dezernenten, Herrn Erster Stadtrat Heise, beantwortet werden müssten. Herr Heise ist leider heute nicht anwesend.

Ratsfrau Mattern-Karth gibt zu Protokoll, dass Sie den Eindruck hat, die Anträge seien von der Verwaltung nicht mit der gebotenen Sorgfalt bearbeitet worden.

Ratsherr Cassens bezieht sich auf TOP 8.3 des Protokolls über die Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 18.09.2025 (Anträge zur Umbenennung der Hindenburgstraße und der Kommodore-Bonte-Straße; hier: Verzicht auf die Vorbereitung im Fachausschuss) und stellt die Frage, welche Rolle die Anhörung der Anwohner bei der im Jahre 2009 erfolgten Umbenennung der ehemaligen Friedrich-Wegener-Straße in Gerd-Lüpke-Straße gespielt hat.

Bürgermeister Wagner antwortet, dass das Ergebnis der Anhörung in die Beratungen der Gremien des Rates eingeflossen ist.

Ratsherr Funke ergänzt, dass die damals erfolgte Anhörung im Rahmen einer Anliegerversammlung stattfand, was nach heutiger Rechtsauffassung nicht aus-

reicht. Um Rechtssicherheit zu erlangen, habe die nunmehr vorzunehmende Anhörung in schriftlicher Form zu erfolgen.

Ähnlich wie Ratsfrau Mattern-Karth ist er der Ansicht, dass die Verwaltung die erforderliche Anhörung bereits zu einem früheren Zeitpunkt hätte vornehmen müssen.

Er zitiert den Ratsherrn Eilers, der den Umgang mit den Anträgen im letzten Verwaltungsausschuss als irrwitzig und würdelos bezeichnet habe.

Ratsherr Krieghoff hält es für falsch, wenn im öffentlichen Teil einer Ratssitzung aus einer nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses vorgetragen wird.

Bürgermeister Wagner widerspricht einem möglichen Eindruck, die Entscheidung für oder gegen die beantragten Straßenumbenennungen stehe auch ohne die erforderliche Anhörung der betroffenen Anwohner und Grundstückseigentümer bereits fest. Das Ergebnis der Anhörung wird in jedem Fall Eingang in die Entscheidung des Rates finden.

Er weist ergänzend darauf hin, dass Erster Stadtrat Heise nach seiner Erinnerung stets betont hat, dass für die Entscheidungen über Anträge auf Straßenumbenennungen ein formelles Verfahren zu durchlaufen ist.

Ratsherr Bruns wendet sich an Ratsfrau Mattern-Karth und führt aus, dass der SPD-Antrag zu einem Zeitpunkt gestellt worden ist, als noch nicht deutlich war, dass für eine rechtssichere Entscheidung über die Anträge der Fraktion B90/GRÜNE eine Anhörung der betroffenen Anwohner und Grundstückseigentümer erforderlich ist.

Ratsherr Norbert Ahlers stellt klar, dass es unter den Anwohnern und Grundstückseigentümern durchaus auch Befürworter der beantragten Straßenumbenennungen gibt.

8.2 Akteneinsicht im Zusammenhang mit dem Vergabeverfahren zur Erstellung der Homepage "www.varelerleben.de"

Ratsfrau Wittkowski spricht die Homepage <https://www.varelerleben.de/> an und stellt die Frage, wann diese mit Leben gefüllt wird. In diesem Zusammenhang erklärt sie, die Fraktion ZUKUNFT VAREL sei im Juli 2025 von Vareler Gewerbetreibenden angesprochen worden, warum sie nicht an dem Vergabeverfahren für die Homepage beteiligt worden seien.

Von ihrer Fraktion vor ca. sechs Wochen schriftlich an die Verwaltung gerichtete Fragen seien aus ihrer Sicht nur unzureichend beantwortet worden. Erfahren habe man, dass nur ein Vareler Betrieb an dem Vergabeverfahren beteiligt worden ist, neben zwei auswärtigen Betrieben. Die Kosten für die Erstellung der Homepage wurden mit ca. 30.000 Euro angegeben, fertig ist die Homepage, wie bereits erwähnt, noch nicht.

Nach Auffassung der Fraktion ZUKUNFT VAREL beantworte die Verwaltung die gestellten Fragen nur zögerlich. Im Rahmen eines Vorort-Termins sei mitgeteilt worden, die Akteneinsicht könne nur unter der Aufsicht einer Verwaltungsmitarbeiterin stattfinden.

Sie führt weiter aus, dass das Verhältnis zwischen Rat und Verwaltung ihres Erachtens in eine Schräglage geraten ist, die es dem Rat erschwert seiner Kontrollfunktion gegenüber der Verwaltung nachzukommen. Sie bittet alle Ratsmitglieder um Unterstützung hinsichtlich des zwischenzeitlich von ihrer Fraktion auch schrift-

lich gestellten Antrags auf Akteneinsicht.

Sie erwartet eine saubere und sorgfältige Aufarbeitung des Sachverhaltes. Abschließend richtet sie die Frage an Bürgermeister Wagner, wann ihre Fraktion vollständige und umfassende Akteneinsicht erhält.

Bürgermeister Wagner führt aus, dass an dem Vergabeverfahren insgesamt drei Betriebe beteiligt worden sind, ein Betrieb aus Varel und zwei aus dem näheren Umland. Das Vergabeverfahren ist wie üblich von dem städtischen Rechnungsprüfungsamt geprüft worden ist und es gab keinen Anlass zu Beanstandungen. Er sieht keinen Hinweis für ein mögliches Fehlverhalten der Verwaltung und nennt die Darstellung der Ratsfrau Wittkowski hanebüchen. Zugleich signalisiert er die Bereitschaft zu einer gemeinsamen Aufarbeitung des Themas.

Ratsherr Biebricher stellt fest, dass die Verwaltung sich nach seiner Beobachtung stets bemüht zeigt, aufkommende Fragen von Ratsmitgliedern zeitnah und sachgerecht zu beantworten.

Auf eine entsprechende Frage des Rats Herrn Cassens bestätigt Bürgermeister Wagner, dass die Akteneinsicht im Rahmen des Vorort-Termins unter der Aufsicht einer Verwaltungsmitarbeiterin erfolgen sollte.

Rats Herr Funke stellt fest, dass sich das Vertrauensverhältnis zwischen dem Rat und der Verwaltung mit zunehmender Zeit verschlechtert hat. Nach seinen Beobachtungen zieht sich die Verwaltung zunehmend auf die Einhaltung von Formalien zurück, so würden z. B. dort Beschlüsse von Fraktionen gefordert werden wo es früher üblich war, Auskünfte an Ratsmitglieder unkompliziert zu erteilen. Er ist der Überzeugung, dass keine Fraktion in den letzten 50 Jahren im Rat der Stadt Varel so etwas akzeptiert hätte und führt weiter aus, dass so manch ein Rats Herr am heutigen Abend „einigen Leuten den Magen ausgeputzt hätte“.

Abschließend bringt Bürgermeister Wagner seine Hoffnung zum Ausdruck, die im Raume stehenden Vorwürfe im Rahmen eines erneuten Termins zur Akteneinsicht, an dem er auch selbst teilnehmen wird, ausräumen zu können.

8.3 Sachstand zu dem Brand im Haus des Handwerks

Rats Herr Bruns erkundigt sich nach dem Sachstand zu dem Brand des im Eigentum der von der Stadt Varel verwalteten Meischenstiftung stehenden Hauses des Handwerks.

Bürgermeister Wagner antwortet, dass das Löschwasser des Dachstuhlbrands komplett durch das Gebäude gelaufen ist. Aus Gesprächen mit der Kreisvolkshochschule, die Hauptnutzerin des Gebäudes war, ist bekannt, dass von dort bereits Ersatzräume gefunden worden sind. Die Verwaltung hat der Kreisvolkshochschule weitere Unterstützung zugesichert. Die Gebäudeversicherung hat erklärt, für den entstandenen Schaden aufzukommen; Details, insbesondere hinsichtlich des Denkmalschutzes, sind noch zu abzustimmen.

Zu der Brandursache verweist er auf die laufenden polizeilichen Ermittlungen.

Um 20:34 Uhr schließt die 1. stellvertretende Ratsvorsitzende Dr. Engstler die öffentliche Sitzung.

Zur Beglaubigung:

gez. Dr. Susanne Engstler
(Vorsitzende/r)

gez. Gerd-Christian Wagner
(Bürgermeister)

gez. Thomas Besse
(Protokollführer/in)